

Berliner Tageblatt

IV. Jahrg. Nr. 17

27. April 1915

Wochen-Ausgabe
für Ausland und Uebersee

Erscheint jeden Mittwoch. Man abonniert bei allen Postanstalten in den Kolonien und Schutzgebieten des Deutschen Reiches, den Postanstalten in China, Marokko, Konstantinopel und der Levante, Oesterreich-Ungarn, der Schweiz, Italien, der italienischen Kolonien, Belgien, Luxemburg, der Niederlande, Dänemark, der dänischen Antillen, Schweden, Norwegen, Dänemark und der Inseln, Ägypten, Chile, Uruguay zum Preise von 4,50 M. Vierteljährlich inklusive Postausgabe, für alle übrigen Staaten nur unter Kreuzband durch den Verlag, Berlin SW. 2. M. monatlich inkl. Porto, drei ins Haus

Insertionspreis 75 Pf. die Zeile. Allezeitige Anzeigenannahme. Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Berlin SW. Jermolenkostr. 46/49, Breslau, Schwedischer Str. 21, Dresden, Altmarkt 18, Düsseldorf, Schadowstr. 20/22, Frankfurt a. M., Zeit 128, Hamburg, Jungfernstieg 12, Köln a. Rh., Höhe Str. 24, Leipzig, Grimmeistr. 27, Magdeburg, Breite Weg 12, Mannheim, Planken O. & M. München, Theatinerstr. 8, Nürnberg, Karolinenstr. 23, Prag II, Graben 5, Straßburg, L. E. Alter Weimarplatz 1, Stuttgart, Königstr. 31 B, Wien I, Seilerstätte 2, Basel, Aeschenvorstadt 10, Zürich, Limmatstr. 24. Druck und Verlag von Rudolf Mosse, Berlin.

Neue Siege im Westen.

Die politische Lage.

Von Paul Harms.

(Der menschenfreundliche Herr Bryan. — Englischs Missvergnügen. — Russische Sorge. — Kein Friedensbedürfnis deutscherseits.)

Das anfliehe Amerika hat uns wieder einen Beweis seiner „wohlwollenden“ Gesinnung gegen uns gegeben. Der deutsche Botschafter hatte in einer Note auf den auffallenden Widerspruch aufmerksam gemacht, dass die Vereinigten Staaten sich die Lieferung von Lebensmitteln und Rohstoffen an Deutschland von der Entente einfach verboten lassen, während sie ihren Waffenfabriken die Lieferung von Kriegsbedarf an die Entente ruhig gestattet. Darauf hat Staatssekretär Bryan eine Antwort erteilt, die auf die Nachgiebigkeit gegenüber dem Verbot der Entente gar nicht eingeht, dagegen erklärt, ein Verbot der Waffenlieferungen an amerikanische Firmen würde eine Verletzung der Neutralität sein!

Lauchland hat, wie alle Welt weiß, den menschenfreundlichen Plan gefasst, da es der deutschen Heere und Unterseeboote nicht Herr werden kann, die deutsche Zivilbevölkerung auszuhungern. Der menschenfreundliche Herr Bryan hält es mit wahrer Neutralität nicht für vereinbar, diesem menschenfreundlichen Plan auch nur die geringsten Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Im Gegenteil, er stimmt seiner Ausführung dadurch zu, dass er peiflich alles unterlässt, was er zu seiner Verhinderung etwa tun könnte. Aber derselbe menschenfreundliche Herr Bryan hält es mit wahrer Neutralität sehr wohl für vereinbar, dass amerikanische Firmen die Entente in den Stand setzen, den Krieg gegen die deutschen Heere fortzuführen, den sie längst hätten einstellen müssen, wenn sie, wie Deutschland und seine Verbündeten, auf die eigene Kraft angewiesen wären.

Wir wissen sehr wohl, dass Herr Bryan nicht im Sinne der Mehrheit des amerikanischen Volkes handelt, worüber die Neuwahlen zum Kongress ihm und dem Präsidenten Wilson ja wohl eine unzweideutige Quittung ausstellen werden. Wir wissen nimmehr aber auch, was es auf sich hat, wenn das anfliehe Amerika uns gegenüber strenge Neutralität verkündet. Wir werden uns dessen bei Gelegenheit erinnern, und wir dürfen sicher sein, dass die Gelegenheit kommen wird, vielleicht eher, als der menschenfreundliche Herr Bryan und sein menschenfreundlicher Präsident es sich träumen lassen.

Trotz der auffälligen Begünstigung durch das anfliehe Amerika — sind doch sogar die zur deutschen Front kommandierten amerikanischen Offiziere abgerufen worden, vermutlich, weil ihre Berichte über die deutschen Leistungen Herrn Bryan auf die zarten Nerven gingen — herrscht in England eine Stimmung allgemeinen Missvergnügens. Man wird sich allmählich klar darüber, dass militärisch seit sechs Monaten, trotz ungeheurer Anstrengungen, so gut wie nichts, aber auch gar nichts erreicht worden ist. Da ist es denn recht bezeichnend, dass das führende Blatt der Hetzpresse, die England in den Krieg geziehen hat, die „Times“, die Zeit zu ungewöhnlich heftigen Angriffen auf das Kabinett für gekommen hält. Die Regierung wird beschuldigt, viel zu wenig getan und viel zu viel verschwiegen zu haben. Andere Blätter schliessen sich an und machen auf die Widersprüche aufmerksam, die innerhalb der Regierung herrschen. Eines davon macht sich den Vergnügen, folgende Aeusserungen verantwortlicher Männer neneinander zu stellen:

Asquith sagte: „Ich bezeugte unlängst der Behauptung, dass die Kriegführung der britischen Truppen und unserer Bundesgenossen durch unsere Unfähigkeit, die nötige Munition herzustellen, aufgehalten wird. An der Behauptung ist kein Wort wahr.“

Lloyd George sagte: „Wir haben eine enorme Vermehrung von Granaten, Gewehren und allen übrigen Munition und Ausrüstung nötig. Das unmässige Trinken tut der Produktion ernstlichen Abbruch.“

Lord Kitchener sagte: „Die Produktion wird unserem Bedarf an Kriegsmaterial nicht gerecht. Das beunruhigt mich sehr. Es ist nötig, dass der Rückstand aufgearbeitet werde. Der Fortschritt in unserer Ausrüstung wird durch unsere Ohnmacht, genug Arbeiter aufzutreiben, ernstlich behindert.“

In diesen Angriffen, wenigstens soweit sie von der Gruppe der „Times“ ausgehen, steckt sicher Methode. Man merkt, dass die Sache nicht so aussieht, wie man dem Publikum versprochen hatte. Und um das Publikum von dem verbrecherischen Unfug abzulenken, den man selbst getrieben hat, hetzt man — da die Hetze gegen Deutschland nicht wohl höher als bis zum Kriege selbst getrieben werden kann, der Krieg selbst aber niemand mehr ein rechtes Vergnügen macht — nunmehr gegen die Regierung. Das Kabinett Asquith kann sich freuen! Es wird nach dem Kriege, nicht nur belastet mit den eigenen Sünden, sondern auch noch belastet mit den Sünden des Pressklingens von Lord Northcliffe, in die Wüste gejagt werden. Das alles ist freilich eine

innerenglische Angelegenheit, aber uns Deutschen ist es nicht verwehrt, darüber ein Gefühl aufrichtiger Genugtuung zu empfinden.

Und nicht nur in England, auch in Russland wächst die Erkenntnis. Der Verlust der Karpathenschlacht wird zugegeben. Vorerst natürlich nur zwischen den Zeilen der Betrachtungen, die die Presse darüber anstellen darf. Aber es geht deutlich daraus hervor, dass man sich nicht länger zu verhehlen wagt, die unerhörten Menschenopfer, seien umsonst gewesen. Daneben macht sich die Sorge geltend, dass aus der Spieß umgedreht werden könnte. Man fürchtet das Nachdringen der verbündeten Heere, und wenn man demgegenüber schon wieder von neuen „strategischen

festgesetzt, den bringen die Waffen. Wir, die wir unsere Waffen so tief in Feindeland hineingetragen haben, werden wohl kaum die ersten sein, die das Verlangen nach Frieden aussprechen.

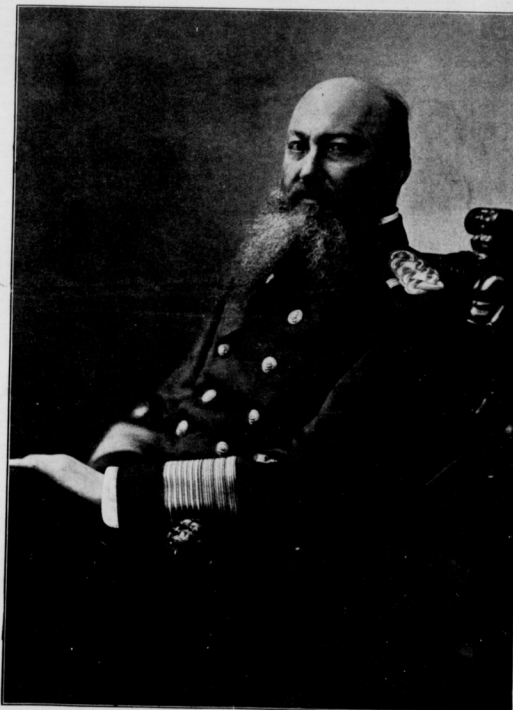
Grossadmiral v. Tirpitz — 50 Jahre im Flottendienst.

Am 23. April feierte Grossadmiral v. Tirpitz ein seltenes Jubiläum. Er gehört seit 50 Jahren der Marine an, an deren Spitze er heute steht, die er mit zäher Energie immer weiter ausgebaut oder eigentlich erst geschaffen und der er unbestreitbar zuerst den Enthusiasmus einflößt hat. Am 19. März 1869 in Kistrin geboren, wo sein Vater Justizrat war, trat Alfred Tirpitz im Frühjahr 1865 in die damalige preussische Marine ein, wurde 1869 zum Leutnant zur See, 1872 zum Oberleutnant, 1875 zum Kapitänleutnant, 1881 zum Korvettenkapitän, 1888 zum Kapitän zur See, 1896 zum Konteradmiral, 1899 zum Vizeadmiral, 1903 zum Admiral und am 27. Januar 1911 zum Grossadmiral benannt. Bis zum Jahre 1878 war er mit einiger Unterbrechung durch Landkommandos in verschiedenen Bordstellungen tätig und besuchte 1874 bis 1876 die Marineakademie. Von 1877 bis 1879 gehörte er der Torpedoversuchskommission an. Hierauf folgten eine Dienststellung bei der Admiralität, eine als Kommandant des „Zieten“ und des „Blücher“, die Torpedoversuchsschiffe waren, und eine als Torpedoboots-Unterwesens und galt als treibende Kraft in der damals stark einsetzenden Torpedobootsbewegung, für die die Denkschrift, die 1884 dem Reichstag zugeht und die 115 Boote forderte, charakteristisch ist. Unter anderen finden sich dort folgende Sätze: „Je früher die Zahl von 115 Booten erreicht ist, um so ruhiger werden wir dem Erscheinen feindlicher Geschwader vor unseren Häfen entgegengehen können, um so länger werden wir, wenn wir die hohe See nicht halten können, offene Häfen haben. Es gibt keine Gefahr, die den Schiffen verderblicher und ihrer Besatzung empfindlicher ist, als die durch die unterseeischen Kampfmittel. Bei einem Risiko von wenigen Mann, von einem verhältnismässig billigen und rasch herzustellenden kleinen Boot ist die Möglichkeit gegeben, kolossale Schiffe durch einen einzigen Torpedotreffer zum Sinken zu bringen. Zahlreichen und gutgeleiteten Torpedobooten gegenüber wird die Durchführung einer Blockade nur schwer möglich sein. Die Torpedoboots sind eine Waffe, die dem auf der hohen See Schwachen besonders zugute kommt.“

Was vor drei Jahrzehnten für die Torpedoboots galt, das gelte jetzt, heisst es, für die Unterseeboote. Ueber den Ausbau unserer Unterseebootsflotte waren seinerzeit die Meinungen geteilt. Der Abgeordnete Erzberger tat am 1. März 1913 Aeusserungen, die diese Frage behandeln. Er sagte im Reichstag: „Ausdrücklich Billigung meiner politischen Freunde findet auch die Art und Weise, wie der Unterseebootsbau bei uns eingeleitet ist. Man hat unserer Marineverwaltung jahrelang den Vorwurf gemacht, dass sie auf diesem Gebiet nicht schnell genug vorangehe. Diese Vorwürfe sind absolut unbegründet. Gerade die Art und Weise, wie man in Deutschland an den Bau von Unterseebooten herangetreten ist, hat uns unendlich viel Geld und recht viel kostbare Menschenleben gespart. Man kann nicht in Statistiken die deutschen, französischen und englischen Unterseeboote einander gegenüberstellen, denn zwischen Unterseeboot und Unterseeboot ist ein gewaltiger Unterschied. Wenn man die wirklich hochseefähigen Unterseeboote dieser drei grossen Staaten nimmt, dann wird niemand behaupten können, dass wir in Deutschland auf diesem Gebiet hinter anderen Staaten zurückstehen. Dass wir nicht so viele Boote haben und auch nicht so viele brauchen, wie manche anderen Völker, liegt an der natürlichen Gestaltung unserer Küsten und an der Erwägung, wie überhaupt künftig eine Verteidigung unseres deutschen Vaterlandes vor sich gehen müsse.“

1889 bis 1890 war Tirpitz Kommandant der Linienschiffe „Preussen“ und „Württemberg“, dann Chef des Stabes der Ostsee-Station. 1892 wurde er zum Chef des Stabes beim Oberkommando ernannt und 1896 übernahm er das Kommando des Kreuzergeschwaders in Ostasien. Hier hielt er Umschau nach einem Stützpunkt für unsere Flotte. Die Kiautschouhalbinsel schien ihm als der geeignetste. Aber nicht nur die Vorarbeit für die spätere Besitzergreifung unserer neuesten Kolonie leistete er. Auch weiterhin bezeugte er ihrem Fortschritt lebhaftes Interesse und verstand es, die Volksvertreter von der Notwendigkeit der nicht unerheblichen Mittel für ihren Ausbau stets erfolgreich zu überzeugen.

Am 31. März 1897 wurde Tirpitz zunächst vertretungsweise und am 15. Juni endgültig zum Staatssekretär des Reichsmarineamts ernannt. Als solcher war es ihm vergönnt, im Gegensatz zu seinen Vorgängern den Widerstand des Reichstags gegen Flottenforderungen völlig zu beseitigen. Am 27. November 1897 wurde der von ihm verfasste „Entwurf eines Gesetzes betreffend den Ausbau der deutschen Flotte“ im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht, der die Grundlage für alle weiteren Flottengesetze bildete. Wohl war anfänglich einiger Widerstand gegen die als übertrieben erachteten Forderungen zu überwinden. In erster Linie verurteilte Eugen Richter die Vorlage und besonders die angestrebte gesetzliche Bindung. Trotzdem wurde sie im Frühjahr 1898 mit grosser Mehrheit angenommen. Dagegen stimmten nur Volkspartei, Polen und Sozialdemokraten. 1899 wurde die



Grossadmiral v. Tirpitz.

Kunst-Atelier Hamm.

Planen“ zu phantasieren beginnt, die die russische Heeresleitung haben soll, so verbirgt sich dahinter nur schlechte die Ratlosigkeit, was denn werden soll.

Dazu kommt der erfolgreiche Vorstoss der Deutschen über den Yserkanal, nördlich von Ypern, und gegen die Maasbölben bei Combrès. Er scheint Engländern und Franzosen in unangenehmer Weise darüber die Augen geöffnet zu haben, dass es mit der „Ermüdung“ der Deutschen, wovon ihre Zeitungen ihnen vorschwärzten, nichts ist. In bundesrätlicher Weise schiebt man sich nun gegenseitig die Schuld dafür zu, dass wichtige Stellen am Kanal an die Deutschen verloren gingen. Und dabei gibt es immer noch Zeitungsstrategen in Frankreich, die — man sollte es kaum glauben! — sich mit den Landabtreitungen beschäftigen, die von Deutschland beim Friedensschluss zu verlangen wären! Für sie kommt die Feststellung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, dass in Deutschland keinerlei Neigung besteht, einen vorzeitigen Frieden zu schliessen, gerade zur rechten Zeit.

Es ist ja möglich, dass innerdeutsche Erörterungen über das, was nach dem Frieden sein und nottun werde, in Ausland missverstanden und als Friedenssehnsucht gedeutet werden. Solche Irrtümer dürfen uns kalt lassen. Es ist weder unnatürlich noch unbillig, dass man sich darüber ausspricht, welche Richtung die Entwicklung nach dem Kriege einschlagen werde, und welche von unseren gegenwärtigen Gegnern für uns dauernd die grössere Gefahr bedeute, ob England oder Russland. Darüber ist in letzter Zeit es schon möglich, dass sie den Anlass gegeben hat, zu Redereien über einen Sonderfrieden mit dem oder jenem, die auch in Deutschland übergetragen sein mögen. Der Zeitpunkt des Friedensschlusses wird nicht durch papiernen Meinungsanstausch